

Wien, d. 10. März.  
Dem Abgeordnetenhaus wurde ein Gelegenheitsvotum vorgelegt, wodurch der Regierung ein Kredit von 2½ Millionen fl. für 1880 eröffnet werden soll, behuts des Beginns eines Tunnelbaus der Altbahn. Die Summe ist aus den Kostenbeständen oder durch eine schwere Schuld zu beschaffen, die seiner Zeit aus dem Ende einer definitiven Creditoperation für den Altbahnbau nicht zu rechtfertigen ist.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,  
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredakteur: Dr. Emil Bieray. Druck und Erscheinung der Herausgeber: Berantwort. Redakteur:  
Für das Heft: Ludwig Hartmann. Liepach & Reichards in Dresden. Heinrich Pohlenz in Dresden.

Koppel & Co.,  
**Bankgeschäft.**  
Schloss-Strasse 14,  
gegenüber der Sporergasse.

An- und Verkauf aller Staatspapiere, Pfandbriefe,  
Action etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche  
Controle der Verlosung aller Wertpapiere. Alles auch  
auf brieflichem Wege. Domiciliste für Wechsel.

Silberne  
Cylinderuhren

zu Confirmanden-Geschenken  
passend, à 18 Mark, wieder vorrätig.  
Atelier für Reparatur unter Garantie.

Robert Krahmer,  
Marienstrasse 23.

Nr. 71. 25. Jahrg. 1880.

Witterungsansichten: Wetter meist noch wie heute.

Dresden. Donnerstag, 11. März.

## Politisch.

Raum hat die französische Regierung die Hartmann-Frage mit Geschick gelöst, so hat sie auf einem anderen Gebiete eine empfindliche Niederlage erlitten. Der Senat hat mit einer Mehrheit von 19 Stimmen den vielversuchten Art. 7 des Ferry'schen Unterrichtsgesetzes abgeworfen. Die Jesuiten triumphieren. Auf sie gerade war jener Art. 7 gerichtet, über den nunmehr bereits seit dem 23. Februar der französische Senat täglich berathet. Derselbe verbietet den nicht vom Staate anerkannten Religions-Genossenschaften die Erteilung von Unterricht. Die Jesuiten sind eine solche vom Staate nicht anerkannte Genossenschaft, sie sind in Frankreich nur gebüldet, ergo... Auf diesen 7. Art. vereinigt sich seit nunmehr einem Jahr der ganze Auhm und Hoh dieses Unterrichtsgesetzes. Es scheint, als ob die Schließung der Jesuitenschulen die einzige oder doch die wichtigste Bestimmung des ganzen Gesetzes sei. Dem ist aber nicht so. Dasselbe enthält außerdem zwei nicht minder wichtige Bestimmungen. Die eine weist aus den Prüfungskommissionen über die Befähigung der früheren Studenten, der lüstigen Staatsschüler die Bishöfe aus, fest diese Kommissionen ausschließlich aus Staatsbeamten zusammen und entzieht den katholischen Lehranstalten den Titel „Universität“ und das Recht, akademische Titel, Würden und Grade zu verleihen. Die zweite Bestimmung besagt, daß der Universitätsunterricht unentgänglich sein soll. Beide Bestimmungen wurden bereits vom Senat mit großer Mehrheit genehmigt, trotz allen Widerprüfungen der Alerikalalen. Die von diesen mit großen Geldspenden geschaffenen freien Universitäten erhalten einen empfindlichen Schlag, wenn sie nicht mehr akademische Grade ertheilen dürfen. Diese sind nämlich in Frankreich nicht wie in Deutschland (wo man beim schönsten Doctor-Titel verhungern kann, wenn man nicht vorzieht, darauf hin bei eitlen, aber reichen Mädeln sein Glück zu probiren) bloße Ehrendiplome, sondern die staatlich anerkannte Vorbereitung zur Ausübung der meisten öffentlichen Ämter. Welcher junge Franzose, der im Staatsschul-Career machen will, wird fernher eine katholische Universität besuchen, die ihm keine Würde ertheilen darf? Wie kommt es nun, daß der Senat, der die gedachten beiden Bestimmungen des Unterrichtsgesetzes gegen die Alerikalalen beschloß, die dritte ablehnte, die sich ausschließlich gegen die Jesuiten richtete? Gerade die beiden früheren republikanischen Minister unter Thiers, die Herren Jules Simon und Duval, die für jene beiden Artikel stimmten, waren die Seelen des Widerstandes gegen Annahme des Art. 7.

Beide befürworteten das Verbot der Jesuitenschulen im Namen der Freiheit und der Religion. Voller Heftigkeit rief Duval aus, daß Art. 7 die Religion erniedrigte, die Freiheit verleuge und an die Geize despotischer Regierungen erinnere. Das pure Gegenteil ist wahr. Die Regierung kann die Jesuiten sofort ohne jedes Gesetz aus Frankreich austreiben. Die Väter Jesu sind wiederholst, sogar unter monarchisch-klerikalalen Regierungen aus Frankreich ausgewiesen worden. Sie sind trotzdem zurückgekehrt, haben Niederlassungen und sogar Schulen gegründet, sind aber immer nur gebüldet. Auf Grund des Concordates wie der Landesgesetze ist die Regierung jeden Augenblick berechtigt, alle Niederlassungen der Jesuiten aufzulösen und diese selbst den Weg Hartmann's zu schicken. Wenn sie ihnen jetzt durch Art. 7 blos das Unterrichten verbieten wollte, so verfuhr sie nicht despatisch, sondern tolerant. Die gebüldeten Jesuiten können ja, wie alle Alerikalalen, auch ferner noch Unterrichtsanstalten halten, sobald sie nur dem Staate den Zweck und die Statuten ihrer Genossenschaft sowie die Persönlichkeiten ihres Vorstandes mittheilen. Das thun aber die Jesuiten niemals, diese geschworenen Gegner der modernen Staaten und der Bildung der Neuzeit, diese römische Mütz auf staatlichem Boden. Es kommt im Grunde also nicht viel darauf an, ob der Senat den 7. Artikel des Unterrichtsgesetzes annahm oder verworf und der zur Vertheidigung desselben in den Senat geeilte Ministerpräsident Freycinet hütete sich mit Recht, aus diesem Artikel 7 eine Vertrauensfrage für die Regierung zu machen. Denn wenn diese Muth und Vertrauen zum Volke hat, so geht sie auch ohne Artikel 7 gegen die Jesuiten los, schlicht auf Grund der bestehenden Gesetze deren Schulen und entschicht sich vielleicht, die heuchlerischen gemeinschaftlichen Väter Jesu überhaupt des Landes zu verweisen. Die Jesuiten würden daher über die Verwertung des Artikels 7 nicht lange triumphieren. Aber ob die Regierung diesen Muth besitzt? Einsteuern beweisen die Jesuiten in der Verwertung des 7. Art. durch den Senat noch die Machtfülle, die sie in Frankreich ausüben. Es kam ihnen dabei zu statthaft, daß der Senat nicht geneigt ist, alle Gesetze, welche ihm die Deputiertenkammer zugesendet, anzunehmen. Der Senat will sich die Freiheit seiner Entscheidungen wahren, um sich künftig auch revolutionären Gesetzen widerzusegen zu können. Leider zeigt er seine Macht an einer recht ungünstigen Stelle.

Das nächstwichtigste Ereignis im Gebiete der auswärtigen Politik ist der Erfolg der englischen Regierung, das Parlament zu Österreich aufzulösen und ein neu gewähltes Anfang Mai zu berufen. Das jeweils Parlament ist eins der längsten, es tagt sechs Jahre und etliche Monate; noch einige Monate und sein Mandat wäre (mit Ablauf des 7. Jahres) von selbst erloschen. Lord Beaconsfield darf im Ganzen von den Neuwahlen eine Mehrheit erwarten; die Erfolge des Tory-Kabinetts in Afrika, Afghanistan und im europäischen Orient haben die Engländer gegen die Finanzministere verblendet; die Whigs sind uneinig und ihr liberaler Führer Gladstone hat durch blinde Parteinahme für die Russen Fehler über Fehler gehäuft. Lord Beaconsfield erklärt, wenn England ihm eine konservative Mehrheit in's Unterhaus sende, so werde England so mächtig sein, daß es Europa den Frieden diktieren und erhalten. Die Prähiterei gefällt den Beauftragten ganz ausnehmend und soviel allerdings ist richtig: der Ausfall der englischen Unterhauswahl steht auf den Gang der Weltgeschichte seinen Einfluß aus; denn wenn Beacons-

field im Mai eine noch größere getreue Mehrheit um sich schaart als jetzt, wird er, der bisher dem Abschluß eines russisch-französischen Bündnisses gegen Deutschland mächtig und erfolgreich entgegen gearbeitet hat, nur umso mehr in dieser, dem Weltfrieden zu Gute kommenden Richtung arbeiten. Darum darf Deutschland hoffen, daß England konservativ wählt und eine Tory-Mehrheit in das Unterhaus entsendet.

Die Entlassung des bairischen Ministerpräsidenten Pfreshner ist denn doch nicht so ganz durch „Gesundheitsrücksichten“ bewirkt worden, als es noch gestern schien: Seine Excellenzen sind nämlich über dieselben Zwischenfälle gestolpert, über die so mancher hohe Herr in Bayern purzelte: er verschaffte es in irgend etwas im Privathaus seines königlichen Herrn, dieser entzog ihm jäh seine Kunst, erließ an ihn ein gnädiges Entlassungsschreiben und händigte ihm statt einiger Ellen bunten Bandes ein Abdissiplom ein. Politische Bedeutung hat Pfreshner's Rücktritt nicht; ihm wird übrigens bald der Minister des Innern, v. Pfeuffer, folgen. Bereits hat der König über seinen Kopf hinweg und ohne sein Vorwissen einen seiner Nähe zu seinem Cabinetssekretär ernannt; bald wird der Präsident von Oberbayern, v. Feilitzsch, Minister des Innern sein. Sohne besprochen wird in Bayern der Umstand, daß der König, den sonst weder die Durchreise des deutschen Kaisers durch München, noch die Anwesenheit des Kronprinzen, noch sonst eines Fürsten bewegen konnte, aus seiner gebüldigen Einsiedelei an die Tafel herabsteigen, dies bei der Durchreise des österreichischen Kronprinzen Rudolf nicht nur hat, sondern daß er dem „Rudi“ sogar im Palmenarten einen glänzenden Diner gab, ja — unglaublich, aber doch wahr! — denselben auf der Eisenbahn bis Würzburg hinaus begleitete.

Der deutsche Reichstag erledigt nach das Budget. Die betr. Commission hat an dem Militär-Etat gegen 4 Millionen fl. gebrüchen, man hofft zu einer vollständigen Beleidigung der Erhöhung der Matrikularbeiträge (7½ Mill.) zu gelangen, so daß die Einzelstaaten ihre Etats ohne Defizits abschließen können. Was etwa noch übrig bliebe an Matrikularamlagen, befehligen die vorgeschlagenen Steuererhöhungen. Die neuen Börse-, Duttings- und Lotterie-Post-Steuern, die verdoppelte Biersteuer und die Wehrsteuer werden, selbst wenn der Reichstag, wie zu verhoffen, manche Ungeheuerlichkeit verschoben streicht, so viel Erträgnisse liefern, daß die Kosten für die neuen Regimente und Batterien (17 Mill. fl.) davon bestritten werden müssen.

## Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, 10. März. Die Provinzial-Correspondenz, heftet vor allen den patriotischen Eindruck der ersten Beratung hervor, der zwar nicht bedeutungsvoll sei, aber durchaus einen feindseligen Eindruck gemacht habe. Aus den Nieden des Kriegsministers und des Feldmarschalls Wolffe habe das Ausland entnehmen können, daß auch, wie allzeit wahrgenommen, der Erkenntnis nicht verschlossen, daß Deutschland nicht auf einen Angriff ausgehe und lediglich auf den Zweck der Selbstbehauptung die Streitmittel in dem Maße nehme, welche von den anderen Mächten des Weltens überschritten sind.

Karlsruhe, 10. März. In der 2. Kammer beantragte Siefer ein Misstrauensvotum gegen den Minister Süder. Letzterer vertheidigte sich mit dem Hinweis auf die Solidarität des Ministeriums; er habe keinen Anlaß zur Eydung der Karlsruhe gewünscht der Regierung und der Kammer gegeben; er werde übrigens die Konsequenzen aus dem Antrage für seine Person ziehen. Turban blitt das Faust, von einem Misstrauensvotum absusen, da es unbegründet und die Verteidigung des Systems nach dem allerhöchsten Willen nicht drablichtet. Nach einer langen Debatte, in welcher die Ultraintonaten, Demokraten und Konseriativen die Ablehnung des Antrages bekräftigten, ward der Antrag Siefer's mit 29 gegen 19 Stimmen angenommen; 6 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Konstantinopol, 10. März. Montenegro antwortete der Porte, daß bezüglich der von letzterer vorgeschlagenen Grenzlinie mehrere Abänderungen notwendig seien. Im Falle der Ablehnung werde Montenegro wegen der territorialen Compensation für Gusinje und Plava nicht weiter verhandeln.

## Vocales und Sächsisches.

Der Oberstleutnant und Bataillonschef im 6. Königlich-sächs. Infanterie-Regim. Nr. 105 Freiberg von Golenz ist zum Chevalier des Johanniter-Ordens ernannt worden.

Der Professor des der Staatsanwaltschaft am Landgericht Dresden, Premierleutnant Dr. jur. Schumann, ist zum Garrison-Auditor der Justiz Königstein ernannt und dem Divisions-Auditor Huth die Beauftragung verliehen worden, die Uniform eines Corpsoberauditors anzulegen.

Am Dienstag Vormittag beeindruckte Ihre Maj. die Königin mit ihrer Gevennart.

Gestern Mittag wurde der 18. ordentliche Landtag, der sich von seinen Vorträgen durch die Kürze der Sauer unterscheidet, durch Se. Maj. den König feierlich geöffnet. Zahlreiche Gaugruppen rollten durch die Schloßstraße, um die Vertreter des Landes, Minister und Rüdentaler, die Vertreter fremder Mächte, zum Thron zu führen, vor welchem sich viele Staatsangehörige aufstellten, darunter die Mitglieder beider Stände.

Der Eröffnungsfest fand im Karlsbadssaal der 2. Etage statt, zu welchem man durch den Vorzelaufzug kam. An der dreiten Stufenkuppel war eine Ehrenkomposition des Schützenregiments aufgestellt, während im Korridor des Salons der 2. Etage zwei Abteilungen Garderoben in Gala-Aufstellung gefunden hatten. Nach 12 Uhr nahmen die Herren der 3. bis 5. Volkangestalten die ihnen angewiesenen Plätze hinter den zu beiden Seiten und im Hintergrunde des Karlsbadsaales errichteten Säulen ein, worauf die Mitglieder beider Stände

kamen einzutreten, um gegenüber dem Thron in zwei Quartiere Aufstellung zu nehmen, und zwar stellten sich die Mitglieder der ersten Kammer rechts, die der zweiten Kammer links vom Throne auf. An der Spitze der Garde standen Sessel für die Direktoren beider Kammerkammern bereit. Die Mitglieder der ersten Kammer waren mehr in Uniform erschienen, mit Ausnahme der Herren Oberstaatsmeister und des Handelskammerpräsidenten Hülse. Graf Solms-Wildensteins trug die rote Johanniter-Uniform, die Kommerherren ratten ihre Uniformen an, und die Vertreter des Großgrundbesitzes, als die Herren v. Träuschler, Seiler u. et al. schieden in der landständischen Uniform. Unter den Mitgliedern der zweiten Kammer herrschte bis auf wenige Ausnahmen (Hofrat Altmann, die Herren Altmannscheit u. a.) der Adel vor. Das sozialdemokratische Tolithum war auch vielmehr inmitten der glänzenden Bekleidung nicht vertreten. Hierauf trat das Corps Diplomaticum ein, an deren Spitze der sgl. preußische Gesandte Graf Odnoff, der sgl. russische Gesandte Herr v. Melibow, der sgl. dänische Gesandte Baron von Gaher, der Vertreter des t. t. österreichischen Gesandtschafts, Graf Wobatz, der schwedische Generalkonsul Holenz, der amerikanische General Heine u. schließen. Nachdem das Corps diplomaticum links vom Thron Aufstellung genommen, verließ der Parabemarsch des im Vorzelaufzugturne aufgestellten Trompetenchor der Garderoben die Aufzunft. Se. Maj. des Königs, Se. Maj. erschien in Begleitung seines hohen Bruders, des Prinzen Georg, unter Vorantritt des großen Dienstes, sowie der Herren der 1. und 2. Hofrangordnung, der nicht im Dienst befindlichen Kammerherren und Bildgeldadjutanten. Beim Eintritt des Königs brachte der Präsident der 1. Kammer, Kammerherr v. Lehman, ein dreihundert hoch auf Hochstädtenden aus, in welchen die Versammlung mächtig einstimmt. Während sich die Herren der Corpte rechts vom Thron platzten, bedeckte Se. Maj. das Haupt mit dem Helm, nahm die Thronrede aus den Händen des Kämmererministers v. Fabrice und trug dieselbe vor. Die Thronrede hat folgenden Wortlaut:

„Meine Herren Stände! Es gereicht Witz zu behaupten, daß Sie Schluß des Landtags nochmals um Witz zu versammeln. Vor Allem drängt es mich, Ihnen Meine Einetzung darüber auszusprechen, daß Sie Meine Regierung in dem Verstreben unterschätzen, daß die Rücksichten der Sparanstalt mit den durch die Interessen des Landes gesetzten Ansprüchen zu vereinbaren. Zu Meinem Bedauern hat sich eine Erhöhung der Erdbeobachtsteuer und der Gerichtsgebühren über die Definition des finanziellen Bedarfs nicht umgehen lassen. Mit dankenswerter Fürsorge haben Sie in Anerkennung der Notwendigkeit zugestimmt. Ich gebe Witz der Hoffnung, daß es nunmehr gelingen werde, das Gleisgewicht im Staatshaushalte dauernd herzuhalten. Durch die Bewilligung der Mittel zur Erbauung einer Secundärbahn haben Sie den Weg eröffnet, einer größeren Anzahl von Bewohnern des Landes die Wohnraumförderung einer langersehnten Verkehrsverbindung mit verhältnismäßig geringen Opfern auszuüben, und damit Ihre Fürsorge für die Hebung des allgemeinen Wohlstands des Landes von neuem bestätigt. Das mit Ihnen vereinbarte Gesetz in Betreff der generellen Schulen wird, ohne die freie Entwicklung dieser Anstalten zu beeinträchtigen, die Möglichkeit gewährten, die Erbbaurechtsverhältnisse sich allmählig zu verbessern. Dem Gesetz wegen Beliebung der Wandleräder für die Gemeinden habe ich in der von Ihnen beschlossenen Fassung keine Zustimmung ertheilt. Ich hoffe, daß die beiden Beschlüsse der Gesetzgebung bekräftigt und die in der bisherigen Gesetzgebung begründete undilige Bevorzugung jenes Gewerbedreiecks abholt. In einem verdeckten Zweig der Haushaltspolitik ist leider der Verdienst noch ein so geringer, daß in mehreren Orten für den nachstehenden Theil der Bevölkerung die öffentliche Unterhaltung in umfanglicher Weise hat in Anspruch genommen werden müssen. Ich danke Ihnen, daß Sie Meine Regierung in die Lage gelegt haben, falls bei längerer Dauer diebstahl die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Bezirke den an sie zu stellenden Anforderungen nicht mehr genügen sollte, die erwartbaren Unterstützungen durch Bevölkerung aus der Staatskasse zu gewähren. Unterstehen Sie zu Weitem bestätigt, daß die allgemeine Wirtschaft bestätigt. Das mit Ihnen vereinbarte Gesetz in Betreff der generellen Schulen wird, ohne die freie Entwicklung dieser Anstalten zu beeinträchtigen, die Möglichkeit gewähren, die Erbbaurechtsverhältnisse sich allmählig zu verbessern. Dem Gesetz wegen Beliebung der Wandleräder für die Gemeinden habe ich in der von Ihnen beschlossenen Fassung keine Zustimmung ertheilt. Ich hoffe, daß die beiden Beschlüsse der Gesetzgebung bekräftigt und die in der bisherigen Gesetzgebung begründete undilige Bevorzugung jenes Gewerbedreiecks abholt. In einem verdeckten Zweig der Haushaltspolitik ist leider der Verdienst noch ein so geringer, daß in mehreren Orten für den nachstehenden Theil der Bevölkerung die öffentliche Unterhaltung in umfanglicher Weise hat in Anspruch genommen werden müssen. Ich danke Ihnen, daß Sie Meine Regierung in die Lage gelegt haben, falls bei längerer Dauer diebstahl die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Bezirke den an sie zu stellenden Anforderungen nicht mehr genügen sollte, die erwartbaren Unterstützungen durch Bevölkerung aus der Staatskasse zu gewähren. Unterstehen Sie zu Weitem bestätigt, daß die allgemeine Wirtschaft bestätigt. Das mit Ihnen vereinbarte Gesetz in Betreff der generellen Schulen wird, ohne die freie Entwicklung dieser Anstalten zu beeinträchtigen, die Möglichkeit gewähren, die Erbbaurechtsverhältnisse sich allmählig zu verbessern. Dem Gesetz wegen Beliebung der Wandleräder für die Gemeinden habe ich in der von Ihnen beschlossenen Fassung keine Zustimmung ertheilt. Ich hoffe, daß die beiden Beschlüsse der Gesetzgebung bekräftigt und die in der bisherigen Gesetzgebung begründete undilige Bevorzugung jenes Gewerbedreiecks abholt. In einem verdeckten Zweig der Haushaltspolitik ist leider der Verdienst noch ein so geringer, daß in mehreren Orten für den nachstehenden Theil der Bevölkerung die öffentliche Unterhaltung in umfanglicher Weise hat in Anspruch genommen werden müssen. Ich danke Ihnen, daß Sie Meine Regierung in die Lage gelegt haben, falls bei längerer Dauer diebstahl die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Bezirke den an sie zu stellenden Anforderungen nicht mehr genügen sollte, die erwartbaren Unterstützungen durch Bevölkerung aus der Staatskasse zu gewähren. Unterstehen Sie zu Weitem bestätigt, daß die allgemeine Wirtschaft bestätigt. Das mit Ihnen vereinbarte Gesetz in Betreff der generellen Schulen wird, ohne die freie Entwicklung dieser Anstalten zu beeinträchtigen, die Möglichkeit gewähren, die Erbbaurechtsverhältnisse sich allmählig zu verbessern. Dem Gesetz wegen Beliebung der Wandleräder für die Gemeinden habe ich in der von Ihnen beschlossenen Fassung keine Zustimmung ertheilt. Ich hoffe, daß die beiden Beschlüsse der Gesetzgebung bekräftigt und die in der bisherigen Gesetzgebung begründete undilige Bevorzugung jenes Gewerbedreiecks abholt. In einem verdeckten Zweig der Haushaltspolitik ist leider der Verdienst noch ein so geringer, daß in mehreren Orten für den nachstehenden Theil der Bevölkerung die öffentliche Unterhaltung in umfanglicher Weise hat in Anspruch genommen werden müssen. Ich danke Ihnen, daß Sie Meine Regierung in die Lage gelegt haben, falls bei längerer Dauer diebstahl die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Bezirke den an sie zu stellenden Anforderungen nicht mehr genügen sollte, die erwartbaren Unterstützungen durch Bevölkerung aus der Staatskasse zu gewähren. Unterstehen Sie zu Weitem bestätigt, daß die allgemeine Wirtschaft bestätigt. Das mit Ihnen vereinbarte Gesetz in Betreff der generellen Schulen wird, ohne die freie Entwicklung dieser Anstalten zu beeinträchtigen, die Möglichkeit gewähren, die Erbbaurechtsverhältnisse sich allmählig zu verbessern. Dem Gesetz wegen Beliebung der Wandleräder für die Gemeinden habe ich in der von Ihnen beschlossenen Fassung keine Zustimmung ertheilt. Ich hoffe, daß die beiden Beschlüsse der Gesetzgebung bekräftigt und die in der bisherigen Gesetzgebung begründete undilige Bevorzugung jenes Gewerbedreiecks abholt. In einem verdeckten Zweig der Haushaltspolitik ist leider der Verdienst noch ein so geringer, daß in mehreren Orten für den nachstehenden Theil der Bevölkerung die öffentliche Unterhaltung in umfanglicher Weise hat in Anspruch genommen werden müssen. Ich danke Ihnen, daß Sie Meine Regierung in die Lage gelegt haben, falls bei längerer Dauer diebstahl die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Bezirke den an sie zu stellenden Anforderungen nicht mehr genügen sollte, die erwartbaren Unterstützungen durch Bevölkerung aus der Staatskasse zu gewähren. Unterstehen Sie zu Weitem bestätigt, daß die allgemeine Wirtschaft bestätigt. Das mit Ihnen vereinbarte Gesetz in Betreff der generellen Schulen wird, ohne die freie Entwicklung dieser Anstalten zu beeinträchtigen, die Möglichkeit gewähren, die Erbbaurechtsverhältnisse sich allmählig zu verbessern. Dem Gesetz wegen Beliebung der Wandleräder für die Gemeinden habe ich in der von Ihnen beschlossenen Fassung keine Zustimmung ertheilt. Ich hoffe, daß die beiden Beschlüsse der Gesetzgebung bekräftigt und die in der bisherigen Gesetzgebung begründete undilige Bevorzugung jenes Gewerbedreiecks abholt. In einem verdeckten Zweig der Haushaltspolitik ist leider der Verdienst noch ein so geringer, daß in mehreren Orten für den nachstehenden Theil der Bevölkerung die öffentliche Unterhaltung in umfanglicher Weise hat in Anspruch genommen werden müssen. Ich danke Ihnen, daß Sie Meine Regierung in die Lage gelegt haben, falls bei längerer Dauer diebstahl die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Bezirke den an sie zu stellenden Anforderungen nicht mehr genügen sollte, die erwartbaren Unterstützungen durch Bevölkerung aus der Staatskasse zu gewähren. Unterstehen Sie zu Weitem bestätigt, daß die allgemeine Wirtschaft bestätigt. Das mit Ihnen vereinbarte Gesetz in Betreff der generellen Schulen wird, ohne die freie Entwicklung dieser Anstalten zu beeinträchtigen, die Möglichkeit gewähren, die Erbbaurechtsverhältnisse sich allmählig zu verbessern. Dem Gesetz wegen Beliebung der Wandleräder für die Gemeinden habe ich in der von Ihnen beschlossenen Fassung keine Zustimmung ertheilt. Ich hoffe, daß die beiden Beschlüsse der Gesetzgebung bekräftigt und die in der bisherigen Gesetzgebung begründete undilige Bevorzugung jenes Gewerbedreiecks abholt